



Deutscher Bundestag
Ausschussdienst des
Petitionsausschusses

Herrn
Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 27. Oktober 2021
Bezug: Ihr Schreiben vom
19. Oktober 2021

Anlagen: 1

Referat Pet 2
BMF, BMG, BMU, BR, BT

Regierungsüberinspektorin Knop
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-31937
Fax: +49 30 227-36130
vorzimmer.pet2@bundestag.de

Pet 2-19-02-1101-050663 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

hiermit komme ich auf Ihre Eingabe vom 19. Oktober 2021 zurück und darf Sie zunächst kurz auf das o. a. geänderte Aktenzeichen hinweisen.

Zu Ihrem Anliegen erlaube ich mir, Ihnen Folgendes mitzuteilen:

Der von Ihnen verwendete Begriff "Begrenzung von Amtszeiten" umfasst die Amtszeiten von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern. Die Zuständigkeit des Petitionsausschusses ist nur hinsichtlich der Prüfung Ihrer entsprechenden Forderung zu den Bundespolitikern gegeben. Es steht Ihnen frei, sich hinsichtlich Landes- oder Kommunalpolitiker an die jeweilige Landesvolksvertretung zu wenden.

Wer zum **Mitglied des Bundestages** gewählt werden darf (passives Wahlrecht), ist in Art. 38 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) festgelegt. Wählbar ist danach, wer das 18. Lebensjahr erreicht hat. Weitere Einschränkungen des passiven Wahlrechts enthält § 15 des Bundeswahlgesetzes, wonach unter anderem nur gewählt werden kann, wer Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG ist. Die Beschränkung der Wählbarkeit einer Person für maximal zwei Wahlperioden sehen weder das Verfassungsrecht noch das einfache Recht vor.

Verfassungsrechtlich sind weitere Beschränkungen der Wählbarkeit nur zulässig, wenn dafür ein zwingender Grund besteht (BVerfGE 28, 200, 225; BVerfGE 36, 139, 141). Für eine Beschränkung der Wählbarkeit in Abhängigkeit von der bisherigen Mandatsdauer der Abgeordneten ist kein solcher zwingender Grund ersichtlich. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die durchschnittliche Mandatsdauer der Mitglieder des Deutschen Bundestages zwischen neun und zehn Jahren liegt. Dies führt dazu, dass die Zusammensetzung des Deutschen



Bundestages auch ohne eine Beschränkung der Wählbarkeit auf zwei Wahlperioden einem steten Austausch unterliegt. Auch für das **Amt des Bundeskanzlers** kennt weder das Verfassungsrecht noch das einfache Recht eine Amtszeitbeschränkung. Wird ein Amt einer Amtszeitbeschränkung – z.B. auf zwei Amtsperioden – unterworfen, soll dies dazu dienen, eine zu starke Stellung des jeweiligen Amtsinhabers zu vermeiden. Eine solche zu starke Stellung kann insbesondere dann entstehen, wenn der Amtsträger zwar durch die wahlberechtigten Bürger in regelmäßigen Abständen gewählt wird, dazwischen aber nicht von dem Vertrauen oder der Unterstützung eines weiteren Amtsträgers oder Verfassungsorgans direkt abhängig ist. Im Unterschied dazu wird der Bundeskanzler nicht von den Bürgern, sondern vom Deutschen Bundestag gewählt (Art. 63 Abs. 1 GG). Auch wenn die Bundestagswahlen in der Praxis stark von den Kanzlerkandidaten geprägt sind, ist der Bundeskanzler immer auch von der Unterstützung und dem Vertrauen der Mehrheit des Bundestages abhängig (Art. 67, Art. 68 GG). Dies unterscheidet das deutsche parlamentarische Regierungssystem grundlegend von präsidentialen Regierungssystemen, die in Bezug auf das Regierungsoberhaupt (Präsident) oft eine Beschränkung der Amtszeit auf zwei Wahlperioden kennen (z. B. USA). Das deutsche Grundgesetz hat das Amt des Bundeskanzlers somit einem System mit anderen Abhängigkeiten und Kontrollmöglichkeiten unterworfen. Im Übrigen liegt es spätestens alle vier Jahre in der Hand der wahlberechtigten Bürger, einen Wechsel der Mehrheiten im Deutschen Bundestag und damit auch einen Wechsel in der Person des Bundeskanzlers herbeizuführen.

Auch für die **Bundesminister** ist eine Beschränkung der Amtszeit auf zwei Wahlperioden wegen der Gefahr einer zu starken Machtstellung nicht geboten. Die Bundesminister werden nicht gewählt, sondern auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt (Art. 64 Abs. 1 GG). Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik (Art. 65 Satz 1 GG). Nur innerhalb dieser Richtlinien leiten die Bundesminister ihre Geschäftsbereiche selbständig und in eigener Verantwortung (Art. 64 Satz 2 GG). Schon aufgrund dieses Systems wird vermieden, dass ein oder mehrere Bundesminister eine zu starke Stellung einnehmen können. Schließlich kann der Bundeskanzler aufgrund seiner Organisations- und Personalgewalt, die ihm das Grundgesetz in Bezug auf die Kabinettsbildung gewährt, die Bundesminister jederzeit wieder abberufen. Die Bundesminister sind somit von dem Vertrauen des Bundeskanzlers abhängig, was ebenfalls einer unverhältnismäßig starken Stellung eines Bundesministers



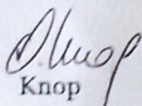
entgegenwirkt. Ihre Amtszeit endet in jedem Falle mit der Amtszeit des Bundeskanzlers (Art. 69 Abs. 2 GG).

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit diesen Ausführungen behilflich sein konnte und sehe Ihre Petitionsangelegenheit – vorbehaltlich Ihrer Rückäußerung – als abschließend beantwortet an.

Auf das beigegefügte Merkblatt weise ich vorsorglich hin.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag


Knop

10 Punkte zum Ablauf und Inhalt des Petitionsverfahrens

Um Ihnen Rückfragen zu ersparen, werden die im Regelfall üblichen Verfahrensschritte aufgezeigt.

1. Das Petitionsverfahren beim Deutschen Bundestag ist ein schriftliches Verfahren. Petitionen auf elektronischem Wege erfüllen diese Voraussetzungen nur, wenn sie auf einem der dafür im Internet zur Verfügung gestellten Formulare eingereicht werden.
2. Parlamentarisch beraten werden Bitten zur Gesetzgebung des Bundes und Beschwerden über die Tätigkeit von Bundesbehörden.
3. Petitionen, die nicht in die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Bundes fallen, werden an den Petitionsausschuss des jeweiligen Landesparlaments abgegeben, soweit die Landeszuständigkeit gegeben ist. Da der Deutsche Bundestag keine gerichtliche Instanz ist, kann er weder Urteile aussprechen noch Gerichtsentscheidungen aufheben oder abändern.
4. Zu jeder Petition wird eine Akte mit einer Petitions-Nummer angelegt. Die Daten werden unter Beachtung des Datenschutzes elektronisch erfasst. Der Absender der Petition (Petent) erhält eine Eingangsbestätigung.
5. Soweit erforderlich, bittet der Petitionsausschuss das zuständige Bundesministerium oder die zuständige Aufsichtsbehörde des Bundes um Stellungnahme.
6. Die Stellungnahme des Bundesministeriums oder der Aufsichtsbehörde wird vom Ausschussdienst geprüft.
7. Kann die Petition nach der Stellungnahme erfolgreich abgeschlossen werden, wird dies dem Petenten mitgeteilt. Der Petitionsausschuss beschließt, den Abschluss des Verfahrens zu empfehlen. Der Deutsche Bundestag beschließt entsprechend dieser Empfehlung.
8. Ergibt die Prüfung des Ausschussdienstes, dass die Petition keinen Erfolg haben wird, gibt es zwei Möglichkeiten:
 - a) Dem Petenten wird das Ergebnis der Prüfung in einem vereinfachten Verfahren durch den Ausschussdienst mitgeteilt. Der Petent kann somit sein Anliegen noch einmal kritisch überprüfen und entscheiden, ob er seine Petition aufrechterhält.
 - b) Der Ausschussdienst erstellt für die parlamentarische Beratung eine Beschlussempfehlung mit Begründung. Der Petitionsausschuss berät die Petition und verabschiedet eine Empfehlung, über die der Deutsche Bundestag beschließt. Der Petent wird dann abschließend über das Ergebnis der Beratungen zu seiner Petition informiert.
9. Ergibt die Beratung im Petitionsausschuss, dass die Petition insgesamt oder teilweise begründet ist, fasst der Deutsche Bundestag auf Empfehlung des Petitionsausschusses einen entsprechenden Beschluss, der dem Petenten und der Bundesregierung übermittelt wird.
10. Die Bundesregierung ist wegen des Grundsatzes der Gewaltenteilung nicht verpflichtet, dem Beschluss des Deutschen Bundestages zu folgen. In diesem Fall muss sie jedoch ihre abweichende Haltung gegenüber dem Petitionsausschuss begründen.

Das beschriebene umfangreiche Prüfungsverfahren ist nicht in wenigen Wochen durchzuführen. Bitte bedenken Sie auch: Sachstands Anfragen führen angesichts der Fülle der im Ausschussdienst zu bearbeitenden Vorgänge in aller Regel zu Verzögerungen in der Petitionsbearbeitung. Es wird deshalb gebeten, davon Abstand zu nehmen.